

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktions- und Druckerei: Die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1040

Nr. 181

Donnerstag, den 6. August 1925

20. Jahrgang

### Das auswärtige Amt zur Optantenfrage.

Berlin, 4. August. In Vertretung vielfach irrtümlicher Pressenachrichten ist festzustellen, daß das auswärtige Amt in der Frage der Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen durch seine Vertretungen dortselbst von vornherein, d. h. mindestens seit vier Monaten, über die Zahl der in Frage kommenden Personen unterrichtet war und durch erhebliche Verstärkung des Personals dieser Vertretungen, Einrichtung mehrerer Abwanderungsstellen in Polen und durch entsprechende finanzielle Maßnahmen alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Optanten sicherzustellen. Alle diese Vorbereitungen erfolgten in engster Fühlungnahme mit den für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts, die ihrerseits für Weiterleitung, Unterbringung und Arbeitsbeschaffung der Optanten innerhalb des Reiches zu sorgen hatten. Diese Stellen waren auch bereits seit Monaten über die Zahl der abwanderungspflichtigen Personen durch das auswärtige Amt unterrichtet.

Schnelldemühl, 4. August. Der Vizepräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen Hupp empfing heute vormittag die hier amwesenden Pressevertreter zu einer Konferenz, zu der auch Kreismedizinalrat Dr. Fehsenfeld und der Direktor der Arbeitsvermittlungsstelle des Optantensagers Birkel geladen waren. Der Vizepräsident erteilte zunächst Dr. Fehsenfeld das Wort zu einem Vortrag über den Gesundheitszustand der Lagerinsassen. Der Redner wies zunächst die

sechs Geburten erfolgt. Alles in allem sei also der Gesundheitszustand der Lagerinsassen als durchaus günstig zu bezeichnen.

Nach Dr. Fehsenfeld nahm Direktor Birkel das Wort zu einem Bericht über die

#### Arbeit der Optanten-Vermittlungsstelle.

Der Redner führte u. a. aus, untergebracht seien bisher insgesamt 5288 Flüchtlinge. Gestern seien rund 400 Personen abgefertigt worden, darunter 35 Landarbeiterfamilien, die nach Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Brandenburg befördert wurden, sowie 35 ledige Landarbeiter, von denen 30 vom Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein angenommen wurden. Die Bedarfsanmeldungen der Arbeitgeber würden durch Ausschlag im Lager bekanntgemacht werden.

Vizepräsident Hupp, der darauf die Konferenz schloß, wies in seinen Schlussworten nochmals auf die bereits berichteten Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Unterkunft, Verpflegung und Unterbringung der aus Polen kommenden deutschen Optanten hin.

Heute nachmittag findet eine Besprechung der Lagerverwaltung mit Vertretern der Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege in Anwesenheit von Mitgliedern der staatlichen Behörden statt.

#### Handwerkeranruf für die Flüchtlinge aus Polen.

Schnelldemühl, 4. August. Der Zentralvorstand des Deutschen Handwerks hat einen Aufruf an das deutsche Handwerk erlassen, in dem er die Organisationen bittet, mit allen Kräften die aus Polen eintreffenden Flüchtlinge zu unterstützen, sie in den genügend beschäftigten Betrieben unterzubringen, ihnen nach Möglichkeit Unterkunft zu gewähren, sowie freiwillige Spenden zu sammeln, um die hilfsbedürftigen Handwerkerfamilien zu unterstützen.

#### Die Interpellation über Schnelldemühl.

In dem heute vom Reichsrat aufgestellten Arbeitsplan für den Reichstag ist vorgesehen, daß die Interpellation über die Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten in Schnelldemühl am Donnerstag nachmittag beantwortet werden soll, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung bereit ist.

#### Erste Lesung der Amnestievorlage im Rechtsausschuß.

Berlin, 4. August. Der Rechtsausschuß des Reichstages beendete heute die erste Lesung der Amnestievorlage. Mit neun gegen fünf Stimmen der Wirtschaftspartei und Wahr. Volkspartei bei zehn Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten nahm der Ausschuss eine Entschließung des Abg. Kahl an, in der die Reichsregierung ersucht werden soll, auf die Länderregierungen einzuwirken, damit auch diese alsbald eine Amnestie im Mindestumfang der gegenwärtigen Reichsamnestie in die Wege leiten, wobei insbesondere Zuwiderhandlungen gegen Strafvorschriften, die sich auf Vorgänge in der Inflationszeit, wie z. B. Verstöße gegen Preistreibe-Verordnung usw. beziehen, berücksichtigt werden sollen.

#### Richtigstellung einer Erklärung des polnischen Außenministers.

Berlin, 4. August. Der polnische Außenminister Strzyński hatte in seiner großen Rede in Wilamowice erklärt, daß das deutsch-polnische Schiedsgericht bisher niemals in Anspruch genommen worden sei. Demgegenüber erfahren wir von zuständiger Stelle, daß allein im ersten halben Jahre 1925 drei umfangreiche Streitfragen, darunter das große Eisenbahnunglück im polnischen Korridor, bei diesem Schiedsgericht anhängig gemacht worden sind.

#### Polnische Einfuhrverbote.

Warschau, 4. August. Blättermeldungen zufolge beabsichtigt die polnische Regierung in den nächsten Tagen zum Schutze der polnischen Handelsbilanz umfangreiche Einfuhrverbote von sogenannten nicht unumgänglich notwendigen Waren zu erlassen. Die Verbotliste wird sich auf alle Staaten beziehen und soll ausschließlich Erzeugnisse umfassen, die bis zum deutsch-polnischen Konflikt aus Deutschland eingeführt worden sind. Es wird hinzugefügt, die polnische Regierung werde nur dann Einzelgenehmigungen zur Einfuhr solcher Waren erteilen, wenn in dem betreffenden Staate die Möglichkeit vorhanden sei, eine dem Werte nach entsprechende Menge polnischer Waren abzugeben.

#### Kompromiß zum Finanzausgleich

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: In der Finanzausgleichsfrage haben die Regierungsparteien ein neues Kompromiß versucht, indem sie beantragt haben, den Ländern und Gemeinden eine Gesamtbeitragsanleihe an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer in Höhe von 2100 Millionen zu garantieren. In der von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Form hat die Garantie den Mangel, daß sie nur eine Gesamtgarantie für das Auskommen der beiden Steuern zusammen ist; dies hätte zur Folge, daß, wenn aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer als einer immerhin noch entwicklungsfähigen Steuer mehr als 2100 Millionen im Reich herauskommen, das Mehr auf einen etwaigen Fehlbetrag der Umsatzsteuer, der namentlich bei einer etwaigen weiteren Senkung der Steuer eintreten kann, angerechnet würde. Den Ländern würde also die Hoffnung auf einen Mehrertrag aus der Entwicklung der Einkommensteuer genommen. Ferner würde eine derartige Gesamtgarantie die Abrechnung zwischen dem Reich und den Ländern und vor allem die Auseinandersetzung der Länder mit den Gemeinden völlig unklar machen.

Die kürzlich in Berlin versammelt gewesenen Landesfinanzminister haben sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß das Kompromiß nur dann annehmbar wäre, wenn den Ländern bis zum 1. April 1927 35 Prozent eines garantierten Aufkommens an Umsatzsteuer von 1500 Millionen zugesagt würden. Rechnet man dazu 75 Prozent eines Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 2100 Millionen, auf dessen Garantie die Länder keinen unbedingten Wert legen, so würde das auch nur einen Gesamtbeitrag von 2100 Millionen ausmachen. Dieser Vermittlungsvorschlag dürfte daher auch für die Antragsteller annehmbar sein.

Wie die Landesfinanzminister-Konferenz, so betrachtet auch das Preussische Staatsministerium diesen Vermittlungsvorschlag als letzten Schritt, um doch noch zu einer Einigung über den Finanzausgleich zu kommen.

#### Italienische Stimmen zur Ruhräumung.

Rom, 4. August. „Bapolo“ bespricht die Räumung des Ruhrgebietes und sagt, die dunkle Epoche der Besetzung dieses Gebietes sei nun endlich abgeschlossen und zwar nicht als rechtmäßige Folge der Durchführung des Dawesplanes, sondern unter dem Druck der Ereignisse in Vavazzo. Diese dunkle Epoche habe nicht nur darin bestanden, daß man farbige Truppen nach Europa brachte, was eine direkte Beleidigung der Zivilisation war, sondern auch in der Stellung gegenüber dem Recht und der aufrichtigen ehrlichen Achtung der Verträge. Die Zeitung bezeichnet es als widersinnig, Truppen als Gerichtsvollzieher für die Zahlung von Schulden zu gebrauchen. Aber auch wirtschaftliche Interessen dürfe man nicht über die Rechte der Bevölkerung setzen.

„Miforgimento“ sagt zur Räumung des Ruhrgebietes: der Kampf um die Souveränität des Rechts und der Streit über dieses Gebiet sei stillschweigend beendet, nachdem die Versuche der Separatisten nacheinander kläglich gescheitert seien. Das Blatt schildert dann die historische Entwicklung und die Politik, die zur Besetzung geführt hat, und sagt: die Räumung sei eine Tragik und der Bankrott Frankreichs mit seinen widersinnigen ökonomischen Plänen, die man umsonst mit dem Schwindel der Reparationen habe maskieren wollen. Heute, so schließt das Blatt, während die Franzosen den Rhein überschreiten, blüht auf beiden Ufern des Stromes die Hoffnung auf Arbeit auf, in welcher der wahre Geist des Sieges liegt, welcher von Abenteuerlust verbunkelt zu sein scheint.

#### Dementi eines amerikanischen Relegationsbüros.

München, 4. August. Von der Universität München wird amtlich mitgeteilt: Der „Newport Herald“ und die „Washington Post“ vom 24. März 1925 sowie einige andere Zeitungen behaupten, der amerikanische Philosoph und Universitätsprofessor George Stuart Fullerton habe sich das Leben genommen aus Verzweiflung über eine Krankheit, die er sich in einem deutschen Internierungslager während des Krieges zugezogen habe. Gefangenenschaft, armliche Ernährung und ungesunde Unterbringung sollen die Gesundheit Fullertons untergraben haben. Demgegenüber ist festzustellen, daß Prof. Fullerton, ein hochangesehener Gelehrter und Deutschfreund, niemals in einem deutschen Gefangenenlager interniert war. Er wurde auch nach dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg von den deutschen Behörden sehr entgegenkommend behandelt. Selbstverständlich ließ er in Freiheit und in einem freundschaftlichen Verkehr mit den ihm näher stehenden Professoren von der Münchner Universität.

#### Das vorläufige Handelsabkommen mit Belgien vor dem Reichstagsausschuß für Handelsverträge.

Berlin, 4. August. Im Reichstagsausschuß für Handelsverträge wurde heute über das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion beraten. Ministerialdirektor Ritter betonte, daß sich dieser Vertrag insofern von den übrigen unterscheidet, als er bereits das endgültige Stadium der Reifebegünstigung enthält und zwar sowohl für das Mutterland wie auch für die Kolonien. Einige Wünsche der Reichsregierung seien nicht erfüllt worden, wie z. B. die Gewährung eines ausdrücklich verbrieften Rechtes zur Niederlassung in der Kongo-Kolonie. Ein Verbot der Niederlassung bestehe aber keineswegs, wie gelegentlich behauptet worden sei. Die Regierung habe großen Wert darauf gelegt, wenigstens mit einem Bande bald zu dem Abschluß eines Vertrages zu gelangen, um den guten Willen Deutschlands zu zeigen. Reichswirtschaftsminister Neuhaus erklärte alsdann, daß der Vertrag mit der bisherigen Differenzierung der deutschen Waren im Auslande breche. Für die Zollfrage habe die Regierung den Interessen die Verantwortung nicht überlassen können. Die dahingehenden Beschwerden seien daher unbegründet. Nachdem verschiedene Mitglieder des Ausschusses das Wort genommen hatten, erklärte Ministerialdirektor Ritter weiter, daß auf Grund des Beschlusses des auswärtigen Ausschusses wegen des Niederlassungsrechtes in der Kongo-Kolonie mit der belgischen Regierung erneut Verhandlungen zu beginnen, die Reichsregierung solche Verhandlungen alsbald eingeleitet habe. Die belgische Regierung habe aber eine formelle verbindliche Zusage in dieser Frage zurzeit noch nicht geben können. Die belgische Regierung sei aber bereit, in jedem Einzelfalle solchen Wünschen durchaus entgegen zu kommen.

#### Bevorstehende Aufhebung der Zölle auf Getreide und Mehl

Die noch bestehenden Ausfuhrverbote für Getreide und Mehl dürften, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, im Laufe der nächsten Woche aufgehoben werden. Die Aufhebung soll auch erfolgen wenn der Reichstag ohne Annahme der Zollvorlage in die Ferien gehen sollte.